

Quotenstreit – vertagt

Die Koalition schafft es, den Gesetzentwurf des Bundesrats abzuwehren.

- Die Frauen der Union folgen der Koalitionslinie.
- Grüne bezeichnen von der Leyen als „Umfallerin“.

Daniel Delhaes
Berlin

Kristina Schröder nutzte gestern im Bundestag eine Kniff, um sich aus der Defensive zu befreien: Auf sie - mit Gebrüll. „Es ist schon dreist“, begann die Frauenministerin und nahm lautes und langes Lachen von der Oppositionsbank hin. „Es ist schon dreist“, wiederholte sie, „wie sich SPD und Grüne hier präsentieren.“ Unter Gerhard Schröder habe Rot-Grün nichts für Frauen getan und stattdessen „ein Stillhalteabkommen auf dem Rücken der Frauen“ mit den Wirtschaftsverbänden geschlossen. Erst 2011 hätten die Unternehmen konkreten Zielvorgaben zugestimmt - „und zwar seit ich das gefordert habe“. Das Plenum johlte.

Schröder setzte unbeirrt nach: Sitzt Peer Steinbrück nicht im Aufsichtsrat von Borussia Dortmund - mit fünf anderen Männern? „Fragen Sie doch Herrn Steinbrück, ob er bereit ist, seinen Posten für eine Frau zu räumen“, rief Schröder. Dort sitzt zwar auch der CDU-Politiker Friedrich Merz. Schröder unterließ den Hinweis aber, um mit dem Satz enden zu können: „Sie scheitern an ihren eigenen Ansprüchen.“

Auf dem Weg zurück zur Regierungsbank lächelte Kanzlerin Angela Merkel Schröder zufrieden zu. „Gut gemacht“, sagte sie. Nach einer quälenden Woche hatte Schröder die Lufthoheit zurückgewonnen. Nicht die Opposition, vielmehr Kabinettskollegin Ursula von der Leyen hatte seit Tagen die eigenen Reihen gegen sie aufgebracht. Beide Frauen ignorierten sich gestern.



Familienministerin Kristina Schröder: Rot-Grün hat ein Stillhalteabkommen mit der Wirtschaft auf dem Rücken der Frauen geschlossen.

Noch 2012 hatte sich die CDU auf Schröders „Flexi-Quote“ festgelegt. Dank der neuen Mehrheit im Bundesrat aber beschlossen SPD und Grüne im März, eine gesetzliche Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unter-

nehmen einzuführen. Auch die unionsregierten Länder Sachsen-Anhalt und das Saarland stimmten zu. Plötzlich sahen etliche Frauen der Unionsfraktion die späte Chance auf die Quote. Gestern sollte es im Bundestag zum Schwur mit SPD

und Grünen kommen. Hektisch zimmerte die Unionsführung Anfang der Woche einen wackligen Kompromiss: Die CDU beschließt die gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte, aber erst nach der Bundestagswahl und nur, wenn Firmen bis 2020 nicht genügend Posten mit Frauen besetzt haben.

Die Grünen ließen sich nicht zweimal bitten und brachten gestern genau diesen Kompromiss als Eilantrag ein: „Sie können zeigen, ob Sie es ernst meinen“, sagte die Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl, Katrin Göring-Eckardt in der Debatte. Arbeitsministerin von der Leyen bezeichnete sie als „Umfallerin“. Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, wollte von Unionsfraktionschef Volker Kauder wissen, wie ernst es die Union denn nun mit der Quote meine. Kauder sah sich daraufhin genötigt, sich bei der Antwort an seine eigene Fraktion zu wenden und klarzustellen: Der Kompromiss werde „direkt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode“ beschlossen.

Das bewog SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zu dem Hinweis, der Koalitionspartner, die FDP, sei doch gegen die Quote. „Das ist Heuchelei“, sagte er. Die Frauen in der Union seien auf einen „billigen Kompromiss“ hereingefallen. Nicole Bracht-Bendt von der FDP bestätigte die Linie ihrer Fraktion: „Wir wollen nicht Teil einer Regierung sein, die der Wirtschaft neue Vorschriften macht.“

Der Kompromiss der Union hielt gestern dennoch - die Koalition lehnte den Entwurf des Bundesrats mit 320 zu 277 Stimmen ab. Rita Pawlowski, Chefin der Frauengruppe in der Unionsfraktion, zeigte sich zufrieden. „Wir haben erreicht, dass es künftig eine Quote geben wird“, sagte sie. Muss noch die FDP überzeugt werden. Die Grüne Göring-Eckardt stellte fest: „Wer die Quote will, muss Grün wählen.“